



Demokratiestärkung im ländlichen Raum

Herausforderungen und Unterstützungsbedarfe kommunaler
Verantwortungsträgerinnen und -träger

Impressum

Herausgeber: Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement

Redaktion: Andreas Pautzke, Elisabeth Schönrock

Layout: Studio Dreiss | www.dreiss.com

Fotos: Torsten Stapel

Berlin, September 2015

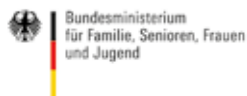
Über das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement

Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) ist ein Zusammenschluss von mehr als 250 Mitgliedsorganisationen und Akteuren aus Bürgergesellschaft, Staat und Wirtschaft. Gemeinsam verfolgt es das Ziel, Bürgergesellschaft und bürgerschaftliches Engagement in allen Gesellschafts- und Politikbereichen nachhaltig zu fördern. Zentrales Anliegen der Arbeit ist, eine Kultur der Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements mitzuentwickeln und zu gestalten.

Im Rahmen des Bundesprogrammes „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ erhält das BBE eine Strukturförderung zum bundeszentralen Träger im Themenfeld Demokratiestärkung im ländlichen Raum durch das Bundesfamilienministerium.

Ermöglicht wurde die Fachwerkstatt durch eine Förderung des Bundesprogramms „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Fachwerkstatt „Ziviles Bürgerengagement im ländlichen Raum“



Dr. Ansgar Klein, Geschäftsführer des BBE



Die Teilnehmenden markieren Ihre Herkunftsorte an einer Pinnwand

Hintergrund

Rechtsextreme Anfeindungen machen auch vor politisch gewählten Mandatstragenden nicht Halt. Das zeigte sich zuletzt in Tröglitz, Kittlitz oder Heidenau. Immer wieder werden Bürgermeisterinnen und Bürgermeister angefeindet und bedroht, weil sie sich für Demokratie und gegen Menschenfeindlichkeit und Gewalt engagieren.

Gerade im ländlichen Raum sind kommunale Mandatstragende unerlässliche Bollwerke der Demokratie. Auf die eigene, manchmal schwierige Situation aufmerksam zu machen oder um Unterstützung zu bitten ist nicht immer einfach. Darum ist es besonders wichtig, dass bestehende Probleme wahrgenommen und angepackt werden - im Zusammenwirken von Politik und Zivilgesellschaft.

Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) hat mit einer Fachwerkstatt „Ziviles Bürgerengagement im ländlichen Raum“ diese Problemstellung aufgegriffen. Am 10. Juli waren 17 ehren- und hauptamtliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus ländlichen Regionen 9 verschiedener Bundesländer zu einem Erfahrungsaustausch in die Landesvertretung Rheinland-Pfalz in Berlin eingeladen. Sie diskutierten aktuelle Herausforderungen und ihre Unterstützungsbedarfe mit Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern aus Bund, Ländern und Kommunen sowie der Zivilgesellschaft. Dr. Heiko Geue, Abteilungsleiter für Engagementpolitik im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, traf sich bereits am Abend zuvor mit den Teilnehmenden, um sich im persönlichen Gespräch über die Situation in den Kommunen zu informieren. Neben Fragen zum Umgang mit rechtsextremen Anfeindungen und Bedrohungen spielten die Herausforderungen bei der Unterbringung von Flüchtlingen und der Schaffung einer Willkommenskultur vor Ort eine zentrale Rolle. Einerseits stellen sich für die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister eine Reihe organisatorischer und logistischer Fragen, andererseits reicht das Spektrum der Reaktionen in der Bevölkerung von großer Solidarität bis hin zu offener Ablehnung und Gewalt.

Die Problematik bewegt die Kommunalpolitik auf allen Ebenen und in allen Regionen. Sie erfordert die Erschließung völlig neuer, hochkomplexer Aufgabenfelder. Dabei fehlt es häufig an Erfahrungswissen im Umgang mit Flüchtlingen, was zu Unsicherheiten führt. Aber gerade hier sind Bürgermeisterinnen und Bürgermeister mit einer klaren Haltung gefragt, die das Geschehen vor Ort mit Geschick, Empathie und Offenheit gestalten.

Eine ausführliche Dokumentation des Treffens ist für Ende des Jahres geplant.

Nachfolgend finden Sie eine Zusammenfassung der formulierten Unterstützungsbedarfe an die jeweiligen Ebenen, verbunden mit der Bitte, diese in Ihrer politischen Arbeit zu berücksichtigen.

Unterstützungsbedarfe

1. Bundesebene



Dr. Geue, Abteilungsleiter für die Zentralabteilung und Engagementpolitik im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)



Thomas Heppener, Leiter des Referats „Demokratie und Vielfalt“ im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

Klare Positionierung & bessere Informationspolitik

Die Bundesregierung muss geschlossen und klar eine Willkommenshaltung gegenüber ankommenden Flüchtlingen und Asylsuchenden signalisieren und alle rechtsextremen Raumgreifungsversuche entschieden zurückweisen. Eine klare Informationspolitik in die Landes- und kommunalen Ebenen hinein ist erforderlich, denn auf den Akteuren vor Ort lastet eine enorme Verantwortung. Sie tragen entscheidend dazu bei, ob und wie ein friedliches, respektvolles und demokratisches Zusammenleben gelingt.

Förderung der Integration

Flüchtlinge werden im ländlichen Raum zunehmend als Chance begriffen – auch, um die drohenden Folgen des demographischen Wandels abzufedern und dem gravierenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Für ein gutes Gelingen der Integration sind verbesserte Rahmenbedingungen nötig, vor allem geeignete Wohnungen und Unterkünfte, die schnellere Bearbeitung von Asylanträgen, ein zeitnahes Einsetzen von Sprachkursen, kurzfristige Arbeitserlaubnisse, die unbürokratische Anerkennung von Berufsabschlüssen, eine gesicherte ärztliche Grundversorgung sowie ausreichendes und qualifiziertes Personal.

Bessere Rahmenbedingungen für Engagement

Willkommensinitiativen leisten einen außerordentlichen Beitrag zur Hilfe und Integration der ankommenden Flüchtlinge. Ihr Einsatz ist unbezahlbar. Sie benötigen aber unterstützende Rahmenbedingungen, klare Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner und eine das Engagement fördernde Infrastruktur vor Ort. Dies alles kostet Geld, das aber kaum besser angelegt sein könnte und nur einen Bruchteil möglicher Folgekosten einer verpassten Integration beträgt.

Information & Beratung

Ein zentraler Unterstützungsbedarf der Akteure vor Ort liegt in der Wissensvermittlung. Obwohl bereits vielfältige Beratungsstrukturen und -angebote bestehen, fehlen ein Überblick hierüber sowie der Zugang dazu. Benötigt werden ausdifferenziertere Informationskanäle. Bürgermeisterinnen und Bürgermeister brauchen das notwendige Grundwissen zum Thema Flucht und Asyl, darüber hinaus werden vor Ort aber vor allem professionelle Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner benötigt. Bisher wird dieser Bedarf entweder überhaupt nicht oder über ehrenamtliches Engagement abgedeckt, das angesichts der komplexen Thematik freilich nur einen begrenzten Beitrag leisten kann. Bürokratie und Regelungsdichte sind erheblich, die Verunsicherung gerade in rechtlichen Fragen groß.

Daneben sind auch Informationen über rechtsextreme Akteure und Konzepte erforderlich (Dritter Weg, Völkische Siedler, etc.), über ihre Argumentationsstrategien und wie man ihnen begegnet. Gerade Themen, die bei Bürgerinnen und Bürgern für Verunsicherung sorgen, werden von Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten genutzt, um ihre menschenverachtende Gesinnung zu transportieren.

Erfahrungsaustausch

Die Erfahrungen in zivilgesellschaftlichen Willkommenskulturen vor Ort, aber auch zwischen den zivilgesellschaftlichen Akteuren aus Ländern und dem Bund sollte intensiviert werden. Dafür sind die bestehenden Netzwerke der Engagementförderung vor Ort, in den Ländern und im Bund zu nutzen. Regelmäßige Tagungen der Landesnetzwerke können Erfahrungsaustausch und best practices fördern.

Finanzen

Für die Bewältigung der anstehenden Aufgaben ist eine faire Kostenaufteilung erforderlich. Besonders die finanzielle Unterstützung der Kommunen muss flexibler gestaltet und an die realen Bedarfe vor Ort angepasst werden.

2. Landesebene



Ute Schmidt, Leiterin der Landeskoordinierung „Demokratie und Toleranz in MV“ bei der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern im Gespräch mit Bürgermeistern

Engagement

Beim Thema Engagement wurden die meisten Unterstützungsbedarfe geäußert. Insgesamt gilt es, den Rahmen für ehrenamtliche Arbeit zu verbessern: Landesregelungen müssen Ehrenamt stärken. Gefordert sind besonders

- Infrastrukturprogramme / dauerhafte Förderung
- professionelle Informations- und Anlaufstellen
- niedrigschwellige Fördermöglichkeiten
- Wertschätzung und Anerkennung von Ehrenamt
- Versicherungsschutz für Ehrenamtliche
- Weiterbildungsangebote für Ehrenamtliche

Hauptamtliche Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Ein durchgängig formulierter Bedarf sind hauptamtliche Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für ehrenamtlich Engagierte, sowohl innerhalb als auch außerhalb der Verwaltung. Wichtig ist, das Thema koordiniert in den Verwaltungen zu verankern und die Mitarbeitenden von Behörden im Umgang mit Ehrenamtlichen und Willkommensinitiativen weiterzubilden, um eine funktionierende Zusammenarbeit zu ermöglichen.

Qualifizierung in Kita und Schule

Schulen und Kindergärten sind entscheidende Bereiche für die Integration von geflüchteten Kindern. Es ist erforderlich, das pädagogische Personal auf das Thema vorzubereiten – in Ausbildung und Studium sowie durch berufliche Weiterbildung. Zudem können Kitas und Schulen einen wichtigen Beitrag zur Elternbildung leisten. Vernetzt mit anderen Akteuren kann ihr Engagement bis weit in den Sozialraum hineinreichen.

Information und Vernetzung

Auch auf Länderebene gibt es zahlreiche Beratungs- und Informationsangebote. Informationen darüber sollten zentral zugänglich sein und gut kommuniziert werden, um bei den Aktiven vor Ort anzukommen. Eine starke Vernetzung fördert den Austausch unterschiedlicher Gruppen und unterstützt das Lernen voneinander. Auch beim Zusammenführen unterschiedlicher Ebenen haben die Länder eine wichtige Rolle. Engagement braucht starke Unterstützung – eine gute Vernetzung im Land ist dabei unerlässlich.

Finanzen

Eine zentrale Herausforderung für Kommunalpolitik ist die häufig klamme Haushaltslage in vielen Gemeinden. Einige stehen bereits seit Jahren unter Haushaltsaufsicht, so dass freiwillige Aufgaben kaum finanzierbar sind. Die finanziellen Ausgaben, die durch Unterbringung, Betreuung und Integration der Flüchtlinge vor Ort entstehen, dürfen nicht zu Lasten der einzelnen Gemeinden gehen.

Nicht zu vergessen: Auch das ehrenamtliche Engagement, das in diesem Bereich unbezahlt Erhebliches stemmt, kommt nicht komplett ohne finanzielle Unterstützung und gute Rahmenbedingungen aus. Deshalb bedarf es einer besseren finanziellen Ausstattung der Kommunen für die Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements und nachhaltiger Infrastrukturen in der Engagementförderung.

3. Kommunale Ebene



Uwe Lübking, Beigeordneter des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und Gastgeber des Thementisches „Kommune“

Unterbringung

Die Unterbringung von Flüchtlingen stellt eine der größten Herausforderung vor Ort dar. Vielerorts fehlt es an geeignetem Wohnraum, überfüllte Sammelunterkünfte dürfen nicht zum Dauerzustand werden. Um hier zeitnah investieren zu können, müssen bürokratische und rechtliche Anforderungen deutlich verringert werden.

Alltagsrassismus und rechtsextreme Einflussnahme

Die Etablierung einer lebendigen Willkommenskultur vor Ort ist nur mit Hilfe der lokalen Bevölkerung möglich. Deshalb stellt die innere Haltung der Bevölkerung eine große Herausforderung dar. Bei aller Solidarität, die aufgebracht wird, werden vielerorts auch latenter Rassismus, Antisemitismus und Muslimfeindlichkeit sichtbar. Dem müssen kommunale Verantwortungstragende klar und entschieden entgegenreten.

Grenzen der Ehrenamtlichkeit

Der Großteil an Unterstützung von Flüchtlingen wird bisher und auch zukünftig ehrenamtlich geleistet. Doch gerade in ländlichen Regionen, wo das Engagementpotential geringer als in urbanen Gebieten ist, bedarf es professioneller Begleitung und Unterstützung (Jugendarbeit, Dolmetschende, psychologische Betreuung, u.a.) und einer Entwicklung von kompetenten Infrastruktureinrichtungen, die regional vernetzen, beraten, informieren, vermitteln oder Fortbildungen initiieren können.

Information & Aufklärung / Öffentlichkeitsarbeit

Wichtig ist die rechtzeitige, transparente und umfängliche Aufklärung der Bevölkerung, bspw. durch Einwohnerversammlungen und begleitende mediale Berichterstattung in den Gemeinden. Das setzt allerdings voraus, dass auch Lokalpolitikerinnen und Landespolitiker entsprechend informiert werden. Eine unvorbereitete Unterbringungssituation stellt für alle Beteiligten eine enorme Belastung dar. Je mehr Vorlauf eine Gemeinde hat, um die neue Situation vorzubereiten, umso reibungsloser geht

diese vorstatten. Die Bedenken und Sorgen der Bevölkerung müssen dabei ernst genommen und aufgegriffen werden. Auch in Kindergärten, Schulen, Unternehmen und der Verwaltung ist Aufklärung wichtig. Zusätzliche Informationen über Fluchtursachen und gelungene Beispiele der Integration helfen.

Die Berichterstattung der Medien wird vor Ort häufig ambivalent erlebt. Wichtig ist eine differenzierte Darstellung anstelle populistischer Überschriften. Gerade weil Medien einen so großen Einfluss haben, bedarf es hier besonderer Sorgfalt.

Netzwerkarbeit

Gemeinsam lassen sich die Herausforderungen vor Ort am besten angehen. Der Aufbau eines funktionierenden Netzwerkes, das möglichst viele lokale Akteure (Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft, Polizei, u.a.) versammelt, bündelt die Kräfte und ermöglicht einen besseren Informationsfluss. Gerade wenn Bedrohungsszenarien entstehen, muss den Betroffenen umgehend Unterstützung und Schutz zuteilwerden!

Gehört werden & finanzielle Ausstattung

Angesichts der Fülle an Aufgaben, fehlenden Ansprechpersonen und unklaren Zuständigkeiten entsteht leicht das Gefühl, mit den Herausforderungen vor Ort allein gelassen zu sein. Deswegen ist es unerlässlich, dass die ehren- und hauptamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister mit ihren Anliegen Gehör finden.

4. Zivilgesellschaft



Arbeit an den Thementischen

Rahmenbedingungen für freiwilliges ziviles Engagement verbessern

Damit sich die derzeitige Welle der Bereitschaft und des neuen Engagements entfalten kann, braucht es ehrlicher Anstrengungen auch in den zivilgesellschaftlichen Organisationen, die Rahmenbedingungen für das Engagement und dessen Unterstützung zu verbessern. Zivilgesellschaftliches Engagement bewegt Enormes. Freiwillig Engagierte verdienen Gehör und Mitsprache – auch wenn Abstimmungsprozesse viel Zeit und Kraft in den Organisationen kosten können. Nur gemeinsam lassen sich die bestehenden Herausforderungen bewältigen.

Haltung zeigen

Kommunen und lokale deutungsmächtige Akteure (bspw. Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Unternehmensvertreterinnen und Unternehmensvertreter, ...) sollten mit klarer Haltung zeigen, dass Asylsuchende und Flüchtlinge vor Ort willkommen sind. Eine solche Positionierung entscheidet stark über die Stimmung vor Ort und erleichtert die Arbeit von Willkommensinitiativen erheblich.

Vernetzen

Die lokale Vernetzung aller mit dem Thema befassten Akteure, aus Ämtern und öffentlichen Einrichtungen, Wohlfahrtsverbänden, Migrantenorganisationen, Flüchtlingsräten und -initiativen, Bürgerstiftungen, Freiwilligenagenturen, Wohnungsbaugesellschaften, Kirchen und Gewerkschaften ist Grundlage für die Etablierung einer gelingenden Willkommenskultur.

Die Kümmerer stärken – die das Engagement fördernde Infrastruktur ausbauen

Bereits vor Ort bestehende Infrastrukturen sollten als Schnittstellen besser vernetzt, qualitativ weiter entwickelt, ausgebaut und gestärkt werden. Dort, wo noch keine Strukturen bestehen, gilt es diese aufzubauen. Erforderlich sind für die Akteure in diesen Infrastrukturen auch integrierte Fortbildungskonzepte, in denen die Förderung von Engagement, Partizipation und zivilem Handeln Hand in Hand läuft.



Kontakt

BBE Geschäftsstelle gGmbH
Michaelkirchstr. 17-18
10179 Berlin Mitte

Tel.: (0 30) 6 29 80-609
E-Mail: elisabeth.schoenrock@b-b-e.de
Internet: www.b-b-e.de